



N i e d e r s c h r i f t

über die 17. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Sicherheit

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Montag, 10.05.2010	
Sitzungsbeginn:	16:15 Uhr	
Sitzungsende:	18:05 Uhr	
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal	38300

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz

Bosse, Marcus

Ordentliche Mitglieder

Fach, Thomas	als Vertreter
Ganzauer, Oliver	als Vertreter
Gerndt, Elisabeth	
Heider, Ute	als Vertreterin
Lagosky, Uwe	
Löhr, Norbert	
Lorenz, Dieter	als Vertreter
Mühlenkamp, Ralf	
Seidenkranz, Gerhard	
Vree, Friedhelm	
Wiegel, Heike	

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Balder, Pierre	
Dettmann, Udo	
Kaltschmidt, Wulf	
Schwetje, Gerhard	Kreislandwirt
Weber-Schönian, Ina	Kreisnaturschutzbeauftragte

Von der Verwaltung

Schillmann, Claus Jürgen	Dezernent
Vogt, Kornelia	Pressesprecherin
Volkers, Sven	Amtsleiter

Teletzki, Rolf
Wronski, Ulrike
Dr. Schütte, Carsten
Weber, Wolfgang

Amtsleiter
Abteilungsleiterin

Protokollführer

Als Gäste

1 Vertreter der Presse
mehrere Zuhörer

Es fehlen:

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit.
3. Genehmigung der Niederschrift über die 16. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Sicherheit des XVI. gewählten Kreistages vom 18.01.2010.
4. Anfragen:
 - 4.1. Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§§ 15 Abs. 2, 25 GO).
 - 4.2. Einwohnerfragestunde (§§ 18, 25 GO).
5. Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet (LSG) "Ehemalige Bahntrassen zwischen Semmenstedt, Mattierzoll und Börßum"
Vorlage: XVI-0715/2010
6. Antrag der SPD-Fraktion: Geflügelmast in Wolfenbüttel, Planungsrecht optimieren (Drucksache wurde bereits versandt - siehe Anlage zur Einladung)
Vorlage: XVI-0702/2010
7. Schließung der Schachtanlage Asse II
hier: Bericht der Verwaltung
8. Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO).

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung.

Vorsitzender Bosse eröffnet um 16.15 Uhr die 17. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Sicherheit des XVI. gewählten Kreistages.

Zu Beginn der Sitzung wird von Abteilungsleiterin Wronski die geänderte Fassung, Stand: 05.05.2010 des Entwurfs der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Ehemalige Bahntrassen zwischen Semmenstedt, Mattierzoll und Börßum sowie angrenzende Landschaftsteile“ (Anlage 3 zur Sitzungsvorlage XVI-0716/2010) verteilt.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit.

Vorsitzender Bosse stellt fest, dass die Einladung den Ausschussmitgliedern ordnungsgemäß zugegangen und der Ausschuss beschlussfähig ist.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die 16. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Sicherheit des XVI. gewählten Kreistages vom 18.01.2010.

Die Niederschrift über die 16. Sitzung des Ausschusses, die allen Damen und Herren Ausschussmitgliedern zugegangen ist, wird mit der Änderung zu TOP 8: Antrag der Samtgemeinde Oderwald - Ausführungen der Dezernentin Schäffer -, die richtig heißen muss „ ... und 75.000 Euro zur Förderung von Heimatpflege und Archäologie in der Gemeinde Werlaburgdorf“, einstimmig genehmigt.

Dezernent Schillmann führt aus, dass aus der 15. Sitzung des Ausschusses aus der Präsentation des Asse-Jahresberichtes 2008 noch zwei Fragen zu den Salzquellen und den Grafitkugeln unbeantwortet waren. Aus der 16. Sitzung des Ausschusses war die Frage, welche Ausgaben im Jahre 2009 für die Umgebungsüberwachung angefallen sind, ebenfalls noch nicht beantwortet. Das Bundesamt für Strahlenschutz hat dies nachgeholt.

Hinweis der Verwaltung: Die beiden Antworten des Bundesamtes für Strahlenschutz sind dieser Niederschrift als **Anlage 1** und **Anlage 2** beigelegt.

TOP 4 Anfragen:

TOP 4.1 Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§§ 15 Abs. 2, 25 GO).

Vorsitzender Bosse eröffnet den Tagesordnungspunkt.

KAbg. Wiegel fragt nach,

1. ob bekannt ist, dass gegen den Schlachthof Wietze eine Klage läuft.
2. ob der Absatz der Hähnchen aus den Mastanlagen die im Landkreis Wolfenbüttel errichtet werden sollen gesichert ist.
3. ob der Landkreis Wolfenbüttel die Genehmigungsverfahren der Hähnchenmastanlagen zurückstellen kann.

Dezernent Schillmann führt aus, dass es ihm nicht bekannt ist, ob eine Klage gegen den Schlachthof Wietze anhängig ist. Es kann aber durchaus möglich sein. Ferner weist er darauf hin, dass es keine Abhängigkeit zwischen den Hähnchenmastanlagen und dem Schlachthof Wietze gibt. Es gibt keine Möglichkeit, die Baugenehmigungen zurückzustellen. Nach § 75 Abs. 1 der Niedersächsischen Bauordnung ist eine Baugenehmigung zu erteilen, wenn die Baumaßnahme dem öffentlichen Baurecht entspricht. Der Antragsteller hat damit ein Recht auf die Baugenehmigung.

KAbg. Wiegel weist darauf hin, dass die Ackerböden im Landkreis Wolfenbüttel eine sehr hohe Bonität haben und ob dies bei den Genehmigungen mit einfließt.

Dezernent Schillmann führt aus, dass die Versiegelung der Böden bei den Genehmigungen eine Rolle spielt und durch Kompensationsmaßnahmen in Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde berücksichtigt werden.

KAbg. Wiegel merkt an, dass es in der Bevölkerung eine Ablehnung der Hähnchenmastanlagen gibt. Im Rahmen der Akzeptanz wäre es sinnvoll Filteranlagen einbauen zu lassen.

Dezernent Schillmann berichtet, dass die Themen Immission, Lärm, Stickoxide und Ammoniak im Rahmen der Baugenehmigungen abgeprüft werden.

KAbg. Wiegel möchte gern wissen, welche Kontrollen bei den Hähnchenmastanlagen durchgeführt werden und welche Kosten entstehen.

Dezernent Schillmann weist darauf hin, dass regelmäßige Kontrollen durch das Veterinäramt des Landkreises Wolfenbüttel durchgeführt werden – hier geht man von 12 bis 15 Kontrollen jährlich aus. Für die Kontrollen werden Gebühren durch das Veterinäramt erhoben.

TOP 4.2 Einwohnerfragestunde (§§ 18, 25 GO).

Vorsitzender Bosse eröffnet die Einwohnerfragestunde.

Herr Dalchow stellt folgende Fragen:

- Nehmen die Kreistagsmitglieder die Sorgen der Bevölkerung rund um die Mastanlagenstandorte ernst und begegnen sie Ihnen mit einer verlässlichen und vertrauenswürdigen Kreistagspolitik?
- Entwickeln Sie Möglichkeiten, um im Landkreis Wolfenbüttel
 - eine zunehmende Industrialisierung der Landwirtschaft zu verhindern,
 - Landwirten den Umstieg auf ökologische Produktion zu erleichtern,
 - die Auswirkungen von Immissionen durch die Mastställe zu reduzieren,
 - Bäuerliche und tiergerechte Tierhaltung zu fördern,
 - Landwirten bei der Suche nach zukunftsfähigen Einkommenssubstitutionen zu helfen?
- Entwickeln Sie im Kreistag ein Leitbild zur regionalen Entwicklung der Agrarstruktur und diskutieren Sie dieses mit Landwirten und Bürgern im Landkreis. Bilden Sie beispielsweise einen runden Tisch, um eine gemeinsame Strukturentwicklung in der Landwirtschaft im Landkreis Wolfenbüttel zu begleiten?
- Ermutigen und befähigen Sie die Genehmigungsbehörde im Landkreis, weiterhin und vermehrt Öffentlichkeit in die Genehmigungsverfahren für Massentierhaltungsanlagen zu ermöglichen? Ermöglichen Sie öffentliche Präsentationen und Auslegungen von Planungsunterlagen, um die Transparenz der Verfahren zu stärken? Beteiligen Sie offensiv Verbände und veranstalten Sie Erörterungstermine?
- Setzen Sie sich im Landtag und auf Bundesebene dafür ein
 - agrarindustrielle Bauvorhaben aus dem privilegierten Bauen im Außenbereich

- auszuschließen,
- strengere Umweltauflagen für Massentierhaltungsanlagen einzufordern.
- den Tierschutz zu verbessern,
- Agrarsubventionen zukünftig vermehrt in die zweite Säule für eine nachhaltige ländliche Entwicklung umzuschichten?

Dezernent Schillmann beantwortet die Fragen wie folgt:

- Die Sorgen der Bevölkerung haben in der Verwaltung und bei den Kreistagsmitgliedern einen sehr hohen Stellenwert.
- Nach Ansicht des Landkreises Wolfenbüttel handelt es sich um keine Industrialisierung der Landwirtschaft, sondern um eine bäuerliche Landwirtschaft die sich in einem Strukturwandel befindet.
- Der Landkreis Wolfenbüttel hat nur eine begrenzte Möglichkeit die ökologische Landwirtschaft zu fördern. Dies geschieht zum Beispiel mit dem Projekt „Unser Dorf hat Zukunft“.
- Auf die Immissionen wirkt der Landkreis Wolfenbüttel in der Art ein, dass die Vorgaben aus dem Immissionsrecht strikt eingehalten und überprüft werden.
- Die Anträge die zur Zeit eingereicht werden, fallen unter den Bereich bäuerliche Landwirtschaft. Der Landkreis Wolfenbüttel sieht hier zur Zeit keinen Handlungsbedarf.
- Es werden seit vielen Jahren intensive Gespräche im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raumes geführt.
- Es gibt wenige Landkreise, die einen Ausschuss haben der sich mit der Landwirtschaft beschäftigt. Das zeigt, dass die Landwirtschaft im Landkreis Wolfenbüttel einen sehr hohen Stellenwert besitzt.
- Die öffentliche Diskussion ist ein fließender Prozess, der schon vor den Bauanträgen „Hähnchenmast“ in den Ausschüssen rege geführt wurde. Die noch offenen Fragen werden unter TOP 6 diskutiert.

Vorsitzender Bosse weist darauf hin, dass im Rahmen dieser Sitzung das Thema noch weiter diskutiert wird und schließt den Tagesordnungspunkt.

TOP 5 Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet (LSG) "Ehemalige Bahntrassen zwischen Semmenstedt, Mattierzoll und Börßum"

Vorlage: XVI-0715/2010

Vorsitzender Bosse eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Dezernent Schillmann weist darauf hin, dass die Verordnung (Anlage 3 der Drucksache) noch einmal als Tischvorlage vorgelegt wurde. In § 6 Punkt 2 wurden die Wörter „Durchlassen und Brücken“ vergessen und in § 8 Abs. 2 wurde die zur Zeit gültige Rechtsgrundlage „§ 43 Abs. 4 NAGBNatSchG“ eingefügt.

Dezernent Schillmann stellt die Drucksache kurz vor und weist darauf hin, dass die vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren durchgeführt wurden. Die im Verfahren vorgebrachten Anregungen und Bedenken sind in der Anlage 2 zusammengestellt.

KAbg. Ganzauer berichtet, dass die Gemeinde Börßum mit der Deutschen Bundesbahn in Verhandlungen steht, die Flächen, die unter Landschaftsschutz im Gebiet der Gemeinde Börßum gestellt werden sollen, zu erwerben. Es soll der vorhandene Weg ausgebaut und der Bahndamm im Rahmen des Hochwasserschutzes durchbrochen werden.

In einem Gespräch mit der Unteren Naturschutzbehörde in dem die Maßnahmen besprochen wurden, wurde eine Zustimmung seitens des Landkreises Wolfenbüttel gegeben. KAbg. Ganzauer fragt nach, ob die Zustimmung noch Gültigkeit hat.

Dezernent Schillmann führt aus, dass der Landkreis Wolfenbüttel zu seiner Zusage steht.

Ferner besteht die Möglichkeit einen Einkaufsmarkt in Börßum zu errichten, bei dem die Zufahrt über die alte Bahntrasse erfolgen soll.

Dezernent Schillmann macht deutlich, dass die Durchgängigkeit des Landschaftsschutzgebietes gewährleistet sein sollte. Er macht das Angebot, sich noch einmal zusammensetzen, wenn es konkrete Pläne gibt.

Verständnisfragen des KAbg. Löhr zu den Gebühren werden von Frau Wronski beantwortet.

Seitens des Ausschusses ergeht einstimmig folgende

Empfehlung: Der Kreisausschuss wird gebeten, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Die im Betreff genannten Flächen werden durch die als Anlage 3 der Sitzungsvorlage beigefügte Verordnung zum Landschaftsschutzgebiet erklärt.

**TOP 6 Antrag der SPD-Fraktion: Geflügelmast in Wolfenbüttel,
Planungsrecht optimieren (Drucksache wurde bereits versandt -
siehe Anlage zur Einladung)
Vorlage: XVI-0702/2010**

Vorsitzender Bosse eröffnet den Tagesordnungspunkt.

KAbg. Wiegel stellt die Drucksache kurz vor. Sie weist darauf hin, dass in der direkten Umgebung der geplanten Ställe:

- Lärmemissionen durch Betrieb und Transporte entstehen,
- eine deutliche Zunahme der Feinstaubbelastung durch die Anlage erwartet wird,
- eine direkte Betroffenheit bei denjenigen, die bereits unter Allergien, Hautkrankheiten oder Asthma leiden, entsteht,
- eine erhöhte Geruchsbelästigung der Fall sein wird,
- eine zunehmende Ungezieferbelastung zu erwarten ist und
- ein Wertverlust der Grundstücke zu befürchten ist.

Dezernent Schillmann verteilt eine Ausarbeitung der Verwaltung zum Thema „Planungsrecht Tierhaltung“.

KAbg. Seidenkranz fragt nach, was unter dem Begriff „Stallbauboom“ zu verstehen ist.

KAbg. Lagosky weist darauf hin, dass die unterschiedlichen Interessen in Einklang gebracht werden müssen. Es sind die Interessen der Landwirtschaft zu berücksichtigen, die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen und die Interessen vor Ort mit einzubeziehen. Er zeigt an zwei Fällen vor Ort auf, wie die Gemeinde mit ländlichen Vorhaben umgegangen ist.

Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben bei den Bauvorhaben wie z.B. die Abstandsvorschriften der TA-Luft usw. sind auch auf die Interessen der Landwirtschaft zu achten. Er weist darauf hin, dass die Fraktion der CDU sich heute nicht festlegen und bei der Abstimmung enthalten wird.

KAbg. Wiegel weist darauf hin, dass die Gemeinden bei der Errichtung einer Geflügelmastanlage kein Mitspracherecht haben. Das halte sie für wenig demokratisch und nicht zeitgemäß. Aus diesem Grund sollte eine Resolution formuliert werden.

Kreislandwirt Schwetje führt aus, dass die zur Zeit geltenden Gesetze sehr wohl demokratisch zustande gekommen sind. Ferner bemängelt er, dass die Stellungnahme des Landvolks Niedersachsen vom 09.04.2010, die er abgegeben hat, nicht als Anlage zu der Drucksache mit übersandt wurde. Von den 4000 Landwirten in der Region Braunschweig beabsichtigen 11 Landwirte Geflügelmastanlagen zu betreiben. Das hält er nicht für einen Stallbauboom. Er bittet um Vertrauen für die Landwirte, die seit Generationen die Landwirtschaft betreiben.

Dezernent Schillmann sagt zu, die Stellungnahme des Landvolks Niedersachsen diesem Protokoll als Anlage beizufügen.

Hinweis der Verwaltung: Die Stellungnahme des Landvolks Niedersachsen vom 09.04.2010 wird dieser Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt.

Vorsitzender Bosse übergibt die Sitzungsleitung an KAbg. Lagosky als stellvertretenden Ausschussvorsitzenden ab und spricht die Anträge der Geflügelmastanlage im Baddeckenstedter Raum, in Cramme und Denkte und die Bürgerinitiativen und Demonstrationen an.

Unter Stallbauboom gibt er das Beispiel der Gemeinden Vechta und Cloppenburg an, die aufgrund der hohen Anzahl von Mastbetrieben keine Möglichkeit zur Weiterentwicklung der Städte und Dörfer haben. Auch das Gesetz hält er nicht mehr für zeitgemäß weil es weit über einhundert Jahre alt ist. Nach seinem Kenntnisstand wird nicht die heimische Bevölkerung durch die Mastanlagen versorgt, sondern ein Großteil des Hähnchenfleisches geht in den Export.

KAbg. Heider macht deutlich, dass es sich bei der Sitzungsvorlage um einen Appell handeln soll an diejenigen, die an der derzeitigen Situation etwas ändern können, nämlich unsere Landtagsabgeordneten und Bundestagsabgeordneten.

KAbg. Gerndt schließt sich den Ausführungen von KAbg. Wiegel an. Es fehlt ihr ein Regulator bei der Errichtung von Mastanlagen seitens der Gemeinden.

KAbg. Lorenz weist darauf hin, dass die Kreistagsabgeordneten sich an die Gesetze zu halten haben die vom Land oder Bund erlassen worden sind. Wenn etwas verändert werden soll, dann müssen die Parteien auf Ihre Landtagsabgeordneten bzw. Bundestagsabgeordneten Einfluss nehmen, damit andere Gesetze erlassen werden. Das halte er für den richtigen Weg.

KAbg. Heider bedauert, dass man sich nicht schon einmal im Vorfeld getroffen hat, um eine gemeinsame Resolution zu erarbeiten.

KAbg. Bosse hofft auf eine breite Unterstützung des Antrags.

KAbg. Ganzauer stellt den Antrag, die Diskussion zu beenden. Ferner sollen die Fraktionsvorsitzenden sich zusammensetzen und eine Resolution erarbeiten, die dann dem Kreisausschuss vorzulegen ist.

Dezernent Schillmann weist auf eine Ausarbeitung der Verwaltung zu diesem Thema hin, die als **Anlage 4** dem Protokoll beigefügt ist.

Es ergeht einstimmig bei einer Stimmenthaltung folgender

Beschluss: Die Diskussion wird beendet. Die Fraktionsvorsitzenden werden gebeten eine Resolution zu erarbeiten.

Seitens des Ausschusses ergeht einstimmig bei einer Stimmenthaltung folgende

Empfehlung: Der Kreisausschuss wird gebeten, aufgrund der von den Fraktionsvorsitzenden zu erarbeiteten Resolution eine Empfehlung für den Kreistag zu beschließen.

TOP 7 Schließung der Schachanlage Asse II hier: Bericht der Verwaltung

Vorsitzender Bosse eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Dezernent Schillmann führt aus, dass sich die Arbeit auf zwei Bereiche konzentriert. Ein Bereich ist die Rückholung. Voraussetzung für die Rückholung sind intensive Untersuchungen des Bergwerks. Erste Ergebnisse sollen zum Ende dieses Jahres vorliegen.

Das Zweite Aufgabengebiet ist die Notfallplanung. Hier liegen inzwischen umfangreiche Unterlagen vor, die geprüft werden. Die Arbeitsgruppe Optionsvergleich wird sich am 18./19. Mai 2010 und die Asse-Begleitgruppe im Juni 2010 damit auseinandersetzen.

KAbg. Wiegel weist darauf hin, dass es Differenzen zwischen den schriftlichen Unterlagen der Notfallplanung und den Aussagen in der öffentlichen Veranstaltung bezüglich der Verfüllung der Hohlräume gibt.

Kenntnisnahme: Der Ausschuss nimmt die Ausführungen von Dezernent Schillmann zur Kenntnis.

TOP 8 Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO).

Vorsitzender Bosse eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Dezernent Schillmann berichtet, dass es auf Initiative des Landkreises Hildesheim hin eventuell die Möglichkeit gibt, für die Innerste einen Gewässerentwicklungsplan zu erstellen. Dort sollen die unterschiedlichen Interessen des Naturschutzes, der Gewässerökologie und des Hochwasserschutzes von Goslar über Wolfenbüttel, Salzgitter bis Hildesheim erarbeitet werden.

Der Landkreis Wolfenbüttel würde sich an diesem Projekt beteiligen, weil es der Samtgemeinde Baddeckenstedt entgegenkommt. Ferner ist mit einer relativ hohen Bezuschussung zu rechnen.

Kenntnisnahme: Der Ausschuss nimmt die Mitteilung von Dezernent Schillmann zur Kenntnis.

Mit einem Dank für die Mitarbeit schließt Vorsitzender Bosse um 18.05 Uhr die 17. Sitzung.

Vorsitzender

Protokollführer/in